

**Informationsbericht des Landesparteirates
an die 1. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei.PDS Brandenburg
3. und 4. Februar 2007
Blossin**

Der Landesparteirat verabschiedet sich von Euch.

In der neuen linken Partei wird es aber wieder eine Struktur geben, die die Kreisverbände, Arbeitsgemeinschaften, und Plattformen unmittelbar repräsentiert.

Der Parteirat hielt sich an einen Grundsatz, den er schon am Anfang der 90er Jahre entwickelt hat: Die Politik des Landesverbandes wird durch den Vorstand und die Fraktion gestaltet. Der Parteirat ist kein drittes Gestaltungsgremium.

Er erfüllte die Konsultativ- und Kontrollfunktion, die ihm die Satzung aufgegeben hat. Die Initiativfunktion konnte er nicht in vollem Umfang ausfüllen.

1. Die neue Partei und die Parteireform

Auf dem Weg zur neuen Partei stand im Mittelpunkt unserer Überlegungen, in der linken Partei den Mitgliedern die unmittelbare und direkte Teilnahme an politischen Entscheidungen zu ermöglichen. Entscheidungsprozesse müssen weiter demokratisiert werden. Das heißt, vor wichtigen Entscheidungen die Mitglieder zu befragen und die wichtigsten Entscheidungen durch die Mitglieder selbst treffen zu lassen.

2. Die Satzung

Der Parteirat hat mehrmals den Parteitag als auch den Landesvorstand auf seine Satzungspflichten hingewiesen. Der Parteitag ist verpflichtet, zur parlamentarischen Tätigkeit der Landtagsfraktion und der Tätigkeit des Bundesvorstandes, vor allem seiner brandenburgischen Mitglieder, Stellung zu beziehen. Der Parteitag ist souverän, aber nur unter den Satzungsregeln, die er sich selbst gegeben hat.

Der Landesvorstand muss in seiner Geschäftsordnung einige Mindestforderungen einhalten: die Regelung der Stellvertretung des Landesvorsitzenden unter dem Gesichtspunkt der Vertretung nach außen und im Rechtsverkehr.

Die Geschäftsordnung muss auch die Befugnisse, Aufgaben und Rechte des geschäftsführenden Vorstandes genau regeln.

3. Die Parteifinanzen

Der Parteirat ist gemeinsam mit dem Landesvorstand für den Jahresfinanzplan verantwortlich. Die Finanzierung des Haushaltes des Landesvorstandes und seiner Geschäftsstelle erfolgt wesentlich durch die Kreisabführungen. Der Plan der Abführungen wurde über ein Jahrzehnt durch Konsens festgestellt. Die Konsenskultur ist eine wichtige demokratische Errungenschaft. Mit dem Finanzplan für das Jahr 2006 wurde die Gemeinsamkeit über das qualifizierte Mehrheitsprinzip hergestellt.

Dieser Wechsel verlangte notwendig weitere Genauigkeit, um nachfolgende Konflikte auszuschließen.

Bei der Vorbereitung und Beratung des Finanzplanentwurfs 2007 ist es dem Landesschatzmeister Matthias Osterburg gelungen, das neue Prinzip gut anzuwenden und zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Der Landesparteirat hat dem Finanzplan 2007 zugestimmt.

4. Der Parteirat und der Konflikt zwischen zwei Parteivorständen

In den vergangenen Monaten gab es einen langanhaltenden Konflikt zwischen zwei Parteivorständen. Der Landesparteirat war der Auffassung, dass die Ursache des Konflikts nicht eine Regelverletzung war und auch keine querulatorische Streitigkeit. Hier waren zwei Prinzipien aufeinandergestoßen, die beide eine satzungsrechtliche Grundlage haben.

In einer großen linken Partei können zwischen Vorständen Konflikte dieser Art auftreten.

Eine moderne linke Partei verfügt aber auch über die Instrumente, Konflikte beizulegen. Dazu gehört die Unterscheidung von Person und Sachverhalt. Das gibt die Möglichkeit, über Sachverhalte zu streiten, ohne seinen Kontrahenten gering zu schätzen.